

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erstausg. Sonnabends. Bezugspr. 3 M. u. Kreuzb. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Fipr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
46. Jahrgang Hamburg, 30. April 1932 Nummer 18

Die Lohnverhandlungen gescheitert

Am 18. April traten in den Räumen des Reichswirtschaftsrats in Berlin die Vertreter der beiderseitigen Kontrahenten für den Reichstarifvertrag und das bestehende Lohnabkommen für das Reichstarifgebiet zusammen, um über neue Löhne zu verhandeln. In Nr. 16 des „Maler“ wurde bereits auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei den diesmaligen Verhandlungen zu erwarten seien, hingewiesen, nachdem der Hauptausschuß des Reichsbundes am 19. März sehr weitgehende Forderungen für den Neuabschluß eines Lohnabkommens stellte. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß unsere Vermutung richtig war. Die Ausführungen der Arbeitgeber ließen immer wieder erkennen, daß es ihnen diesmal um eine Verständigung über neue Löhne gar nicht zu tun war, sie vielmehr die jetzige, für uns ungünstige Situation für sich auszunutzen trachten. Sie gehen dabei ganz strupellos vor. Wenn bisher die Rede davon war, daß Ausgangspunkt der neuen Löhne die Lohnbasis von 1914 sein müsse, wurde bei den Verhandlungen erklärt, daß die neuen Löhne zwischen 50 und 90 % liegen müßten. Da vorher von den wirtschaftlich tragbaren und sozial gerechten Löhnen gesprochen worden war, wissen wir also in Zukunft auch, was wir unter diesen sehr verschieden auslegbaren Begriffen, in Pfennigen ausgedrückt, zu verstehen haben. Als Begründung für diese, jedes vernünftige Maß weit übersteigende Forderung auf Abbau der jetzigen Löhne wurden die schon satfam bekannten Argumente angeführt. Die gesamte Öffentlichkeit verlange den Abbau der hohen Löhne im Malergewerbe, die untragbar seien und auch von niemand vertreten werden könnten. Tatsächlich würde auch in vielen Fällen der Tariflohn nicht mehr gezahlt, besonders von den Firmen, die nicht dem Reichsbund angehören. Die Landwirtschaft könne die Handwerkerlöhne nicht aufbringen, so daß keine Handwerker aus den Städten mehr auf dem Lande Arbeit fänden. Daneben beschäfigte die Industrie Maler, die auch die zum Werk gehörigen Wohnungen renovieren, zum Industrielohn, der zwischen 50 und 80 % liege. Die Hausbesitzer holen selbst für kleine Maleraufträge Offerten ein und vergeben die Arbeiten an den Mindestfordernden. Solide Geschäfte seien dadurch konkurrenzunfähig. Hinzu komme die weit verbreitete Schwarzarbeit, die den reell arbeitenden Geschäften jede Existenzgrundlage nehme. Der jetzige Lohn sei ein politischer Lohn; denn er sei immer unter dem Druck der Schlichter beziehungsweise des Reichsarbeitsministeriums zustande gekommen. Bei der Festsetzung der Lohnhöhe müsse berücksichtigt werden, daß der arbeitslos werdende Gehilfe im Gegensatz zur Vorkriegszeit jetzt Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung erhalte. Der Reichsparlamentarier Goerdeler habe die Löhne im Handwerk ebenfalls für überseht gehalten und sie mit als Ursache der großen Arbeitslosigkeit angesehen. Bei der unerhörten Mißstimmung, die in ihren Kollegentreisen gegen die in Berlin festgesetzten beziehungsweise vereinbarten Löhne im ganzen Lande bestehe, seien sie außerstande, irgendwelche Versprechungen oder gar Zugeständnisse zu machen. Ein ordentliches Durcheinander in einer Zeit ohne tarifliche Lohnbindung könne und werde wohl auch heilsame Wirkungen auslösen.

Die Antwort sind wir ihnen nicht schuldig geblieben. Es wurde immer wieder, besonders vom Kollegen Bag, darauf hingewiesen, daß die Haltung der Reichsbundvertreter unverständlich sei. Was sie wollen, sei ein glattes Diktat der neuen Löhne. Unsere Forderung sei gegenüber der bisher unklaren Haltung des Reichsbundes völlig durchsichtig, sie laute: Beibehaltung der jetzigen Löhne für ein weiteres Jahr, wobei Ausgleichs vorbehalten werden müßten, da durch die Notverordnung vom 8. Dezember große Härten geschaffen wurden. Die Anzweiflung der Arbeitgeber sei unverständlich, wenn man bedenke, daß sie auf Grund der Notverordnung vier Monate vor Ablauf des Lohnabkommens bis zu 15 % niedrigere Löhne zu zahlen brauchten. Von politischem Lohn könne in unserm Gewerbe keine Rede sein; denn in

fast allen Fällen hätten sich die Parteien vor Fällung des Schiedsspruches weitestgehend verständigt gehabt. Untertarifliche Angebote der Gehilfen seien nur vereinzelt erfolgt, wobei noch beachtet werden müsse, daß oftmals von Seiten der Arbeitgeber ein starker, unsittlicher Druck ausgeübt worden sei. Dafür konnten eine Reihe von Beispielen angeführt werden. Die Löhne von 1914 als Ausgangspunkt der neuen Lohngestaltung zu nehmen, sei völlig abwegig; denn es würde dann alles, was seit dieser Zeit geschehen sei und auch die verschiedenartige Entwicklung von Orten und Gebieten unberücksichtigt bleiben. Unsere Löhne hätten sich völlig logisch entwickelt, und in diese Entwicklung könne und dürfe nicht jetzt, Stimmungen wegen, willkürlich eingegriffen werden. Für alle wichtigen Lohngebiete sei schon 1914 ein Lohn tariflich festgelegt gewesen und die später hinzugekommenen seien entsprechend ihrer Lage und Bedeutung eingestuft worden. Große Schuld an den trostlosen Verhältnissen im Malergewerbe hätte die unverantwortliche Lehrlingszüchtere. Es sei unmöglich, die Löhne so weit abzubauen, daß die Meister mit Gesellen mit den Arbeitgebern, die nur Lehrlinge beschäftigen, zu konkurrieren vermögen. Man könne auch unmöglich die Verhältnisse in der Vorkriegszeit mit im Durchschnitt jährlich etwa 3 % Arbeitslosen mit den heutigen vergleichen, nachdem im letzten Jahre im Durchschnitt 70 % unserer Kollegen arbeitslos wären. Wie außerordentlich niedrig das Einkommen unserer Kollegen liege, habe eine von uns durchgeführte Erhebung gezeigt. Dabei habe sich aber auch herausgestellt, was wir übrigens schon vorher wußten, daß die Löhne der Kollegen in der Industrie über denen im Baumalergewerbe liegen. Es müsse berücksichtigt werden, daß es sich 1914 und auch später nur um die Mandestlöhne gehandelt habe. Die Mehrzahl der Kollegen habe dafür nicht gearbeitet. Jetzt seien die Tariflöhne aber mehr und mehr zu Höchstlöhnen geworden. In vielen Fällen erlangen die Kollegen überhaupt nicht mehr die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung, weil sie nur noch wenige Wochen im Jahre Arbeit haben. Auch die gegenüber früher sehr hohen Abzüge für Steuern und Versicherungen dürften nicht außer acht gelassen werden.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung endigte der erste Verhandlungstag damit, daß Herr Kruse im Namen der Arbeitgebervertreter nochmals die Erklärung abgab, an die Beschlüsse ihres Hauptausschusses gebunden zu sein. Sie seien aber bereit, am nächsten Tage weiterzuverhandeln.

Der zweite Verhandlungstag brachte nicht mehr viel Neues. Unser Vorschlag, das Haupttarifamt mit einem Unparteiischen zur endgültigen Regelung der Löhne zusammenzutreten zu lassen, wurde von ihnen unter Ausflüchten abgelehnt. Alle Hinweise von unserer Seite auf die sich unweigerlich einstellenden schlimmen Folgen, wenn ein Abkommen nicht zustande komme, nutzten nichts. Auch die von ihnen zugegebene Tatsache, daß die Rundschau jetzt mit ihren Aufträgen zurückhalte, weil sie erst wegen der Lohngestaltung im Malergewerbe Klarheit sehen wolle, ließ sie keinen andern Standpunkt einnehmen. Ebenfalls fruchtete unser Hinweis auf ihre Verantwortlichkeit als Handwerksführer.

Nach einer nochmaligen kurzen Unterbrechung der Sitzung gab Herr Kruse die Auffassung der Arbeitgebervertreter wieder, daß sie sich an ihr gebundenes Mandat halten müßten. Weitere längere Beratungen folgten, die sich aber im bisherigen Rahmen bewegten. In deren Schluß gab Kollege Bag für die Gehilfenvertreter folgende Erklärung ab:

Die Gehilfenvertretung vermag in dem Angebot der Reichsbundvertreter, die Löhne für das Reichstarifgebiet auf 50 bis 90 % festzulegen, eine brauchbare Grundlage für eine Einigung nicht zu erblicken. Sie bedauert, daß es unter diesen Umständen nicht möglich ist, auf dem Vereinbarungswege zum Abschluß eines neuen Lohnabkommens zu kommen. Die Gehilfenvertretung stellt daher den Antrag, die heutigen Verhandlungen zu vertagen und für den 26. April neue Verhandlungen festzulegen. Diese Verhandlungen finden als Reichstarifamt und unter Leitung eines Unparteiischen statt. Die dort gefällten Entscheidungen sind endgültig.

Die Arbeitgeber verwiesen auf ihre gemachten Ausführungen aus denen schon hervorgehe, daß es ihnen unmöglich sei, dieser Erklärung zuzustimmen.

Damit waren die Verhandlungen völlig auf dem toten Punkt angelangt. Nachdem die Arbeitgeber jedes, auch geringstes Entgegenkommen ablehnen, bleibt nichts anderes übrig, als den amtlichen Schlichter in Anspruch zu nehmen. Die dazu notwendigen Schritte sind bereits eingeleitet.

Die Hauptsache ist jetzt, daß sich alle Kollegen, die in Arbeit stehen oder in Arbeit treten, unbedingt an die Tariflöhne halten. Lebt strengste Solidarität! Unterstützt die Verhandlungskommission durch Treue zum Verband und strengste Einhaltung der tariflichen Abmachungen.

Der Zwang zur Arbeitsbeschaffung

Im Mittelpunkt der Tagung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, über den schon in der Nummer 17 des „Maler“ zusammenfassend berichtet wurde, stand das Referat des stellvertretenden Vorsitzenden des DGB., Wilhelm Eggert. Im folgenden geben wir den Hauptinhalt seiner überzeugenden Ausführungen wieder.

Die Forderung nach Arbeitsbeschaffung, die dieser Notkongress an Staat und Gesellschaft stellt, gipfelt in der Erkenntnis, daß von der weltwirtschaftlichen Seite her in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren nicht zu erwarten ist, daß aber der jetzige Zustand von fast 7 Millionen Erwerbslosen in Deutschland nicht länger ertragen werden kann, weder volkswirtschaftlich noch staatspolitisch.

Die weltwirtschaftliche Lage ist durch drei markante Züge gekennzeichnet: durch die Industriekrise, durch ihr Zusammenfallen mit der Agrarkrise und durch eine Vertrauens- oder Kreditkrise mit ihrer vernichtenden Wirkung auf die andern Krisenherde. Die Weltwirtschaft in allen Zweigen ist also diesmal in ihrer Gesamtheit getroffen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem versagt. Diese Tatsache ist für unsere Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand von entscheidender Bedeutung.

Im Verlauf der durch die politischen Spannungen verschärften Wirtschaftskrise ist die industrielle Weltproduktion von 48 Ländern, die sieben Achtel des Welthandels beherrschen, um ein volles Drittel im Jahre 1931 herabgesunken. Am schwersten hat Deutschland gelitten. Der Index seiner industriellen Produktion sank von 108 im Jahre 1929 auf

56,1 in der Gegenwart. Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion sank von 12 % im Jahre 1928 auf 9 % im Jahre 1931.

Soll diese Lawine des Leidens und des Elends, der Zerstörung aller Werte hemmungslos weiterrollen? Kommt die Arbeiterklasse dadurch etwa schneller zu dem ersehnten Ziel einer planvoll geregelten sozialistischen Wirtschaft? Wer das glaubt, der kann für die Linderung der Not der Arbeitslosen nichts Entscheidendes tun, der darf sich für Arbeitsbeschaffung überhaupt nicht einsetzen.

Auch die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weder aus noch ein. Sie versuchen die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem sie unausgesetzt erklären, schuld an der Krise in Deutschland sei die deutsche Lohn- und Sozialpolitik. Sie fordern die Freiheit der Wirtschaft, das heißt der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Aber daselbe Unternehmertum, das so spricht, nimmt dauernd und ausgiebig in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch.

Zwischen den beiden Standpunkten der Revolutionsromantiker und des Unternehmertums muß sich die Arbeiterklasse durchkämpfen und dabei den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungs- und Wirtschaft erzwingen.

Der Staat hat gerade angesichts des Verfalls der Privatwirtschaft die Aufgabe, regelnd und lenkend in die Wirtschaft einzugreifen. Von dieser Überzeugung sind die Gewerkschaften bei ihren Vorschlägen für die Arbeits-

beschaffung ausgegangen. Die ganze Aktion muß voll wirtschaftlich einwandfrei fundiert sein, Verzinsung und Tilgung der Kredite so gesichert werden, daß die Währung in keiner Weise bedroht ist.

Als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung sind folgende Arbeiten anzusehen:

1. die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes,
2. Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren,
3. der Kleinwohnungsbau,
4. die Hausreparaturen,
5. Aufträge der Reichsbahn,
6. Aufträge der Reichspost,
7. zweckmäßige Siedlungsarbeiten,
8. landwirtschaftliche Meliorationen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre.

Dank der Wiederbeschäftigung von einer Million Menschen wird eine zusätzliche Kaufkraft in den wirtschaftlichen Kreislauf eingeschaltet. Das wird belebend auf eine Reihe von Verbrauchsgüterindustrien wirken. Zugleich werden auch die Baustoffindustrien eine Belebung erfahren. Neue Anstellungen in der Wirtschaft werden stattfinden, so daß die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffung ihren unmittelbaren Nusspekt verstärken. Das Wichtigste aber ist, daß diese Wendung dem Volk das Vertrauen in sich selbst, in seine Kräfte und in seine Zukunft wiedergeben vermag.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordert das Aufgebot aller Kräfte. Es ist nicht so, daß in einem Staatswesen wie Deutschland keinerlei Mittel für diesen Lebenszweck aufgebracht werden können. Es muß geprüft werden, in welcher Weise noch die öffentlichen Haushalte zur Finanzierung beitragen können. Steuermittel aus der Hauszinssteuer und Reichsfluchtsteuer müssen für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Ferner müssen für die Finanzierung herangezogen werden die Ersparnisse der Reichsanstalt an Arbeitslosenunterstützung (infolge der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen), des Weiteren die von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern sowie ihre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung. Endlich muß die Finanzierung ermöglicht werden durch eine vollständige Arbeitsbeschaffungsanleihe.

Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in einer „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ zusammengefaßt werden. Die Gewerkschaften müssen in der „Zentralstelle“, wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen, stark vertreten sein.

Mit der Arbeitsbeschaffung muß eine wirklich scharfe amtliche Preisüberwachung auf allen Gebieten einsetzen. Die Preisüberwachung kann nur erfolgreich sein in Verbindung mit einer dem Sinn und Zweck der Arbeitsbeschaffung angepaßten Zoll- und Kartellpolitik.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung sollte die Reichsregierung, um die noch vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte zu verteilen, endlich die allgemeine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche durchzuführen. Die lange Arbeitszeit ist in Deutschland — angesichts der Tatsache von Millionen Erwerbslosen — zu einem öffentlichen Vergernis geworden.

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht im Zeichen niedriger Entlohnung stehen. Im Gegenteil müssen solche Arbeiten den Vorzug erhalten, bei denen der Lohnanteil möglichst hoch ist. Zusätzliche Kaufkraft muß geschaffen werden, um dadurch zunächst die Konsumgüter-Industrie, in weiterer Folge die Produktionsgüter-Industrie und schließlich den wirtschaftlichen Gesamtverkehr zu beleben.

Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den Freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum.

Der Vortragende ging dann näher auf das Elend der Arbeitslosen ein. Von den nahezu 7 Millionen Arbeitslosen sind über 2 Millionen über 59 Wochen ohne Arbeit.

In steigendem Maße müssen leistungsschwache, vorwiegend ländliche Gemeinden, die Wohlfahrtsfürsorge an Arbeitslose bis zum äußersten einschränken. Die Regierung hat für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt. Und das Unternehmertum ist in seinen Forderungen an den Staat niemals bescheiden gewesen. Das Kapitel der Subventionen an die Industrie ist fast unübersehbar; sie erhalten jährlich viele hundert Millionen.

Nun hat die Arbeiterchaft, haben besonders die Arbeitslosen das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem Namen rief dieser Kongreß an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber hatte. Man sage uns nicht: Arbeitsbeschaffung scheitert an der Finanzierungsmöglichkeit, oder Arbeitsbeschaffung bedeute Inflation! Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften, besonders unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften, zusammensetzen und die Fragen der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern.

Stegerwald zum Arbeitsbeschaffungsproblem

Nach Eggert nahm der Reichsarbeitsminister Stegerwald das Wort. Er verwies auf seine auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß gehaltenen Rede und meinte, die Regierung ist weder zu optimistisch noch zu pessimistisch gewesen. Dem haben wir es zuzuschreiben, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung nicht so ausgekommen sind. Ein Hauptfaktor für jede Lösung ist die außen und innenpolitische Beruhigung. Die Lebensfrage ist nicht als Hauptursache des Arbeitslosenproblems anzusehen. Die Kürzung der Beihilfegelder war unerlässlich, um unsern Etat in Ord-

nung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2½ Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbetelligt bleiben.

Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeitszeitfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Bankenfinanzierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der ¼ Millionen Konteninhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhängig.

Einigkeit besteht darüber, daß es in Deutschland noch reichlich Arbeitsmöglichkeiten gibt, und daß sie bald in Angriff genommen werden müssen. Die Streitfrage besteht lediglich über die Mittel, wie eine Arbeitsbeschaffung großen Stils ins Werk gesetzt werden kann. Mit dem Preise der Inflation darf sie keinesfalls erkauf werden, dagegen wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Übel. Wir werden zu einer dezentralisierten Siedlungsweise des deutschen Volkes kommen müssen. Wir stehen auch vor einem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung, wir werden ein altes Volk. Deshalb werden wir unsere Rentenversicherung nicht ausbauen können. An der Spitze dessen, was die Reichsregierung für die Arbeitsbeschaffung beabsichtigt, steht deshalb die verstärkte Förderung der ländlichen Siedlung und die Fortsetzung der städtischen Vorraumsiedlungen, und an dritter Stelle die Reparaturen für Altwohnungen. Für die Finanzierung dieser Aufgaben sind bereits Wege gefunden. Auf dem Gebiete des Straßenbaus, der Restaurationen und des Wasserregulierungswesens werden noch Finanzierungsmöglichkeiten beraten.

Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung nochmals Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle und, falls diese Besprechungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzen werde. An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht. Es seien aber noch einige Ungleichungen notwendig. Nach der Notverordnung sei das Chaos im Verhältnis der Löhne zueinander noch größer als vorher geworden. Diese Ungleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen neuen Lohnabbau.

Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe

Auf die Debatte wurde schon in Nr. 17 des „Maler“ kurz eingegangen. Hier soll, weil für unsere Kollegen wesentlich, nur noch einiges nachgetragen werden, was der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Bernhard, zur Arbeitsbeschaffung im Baugewerbe vortrug. Leider können wir aus Raummangel sein äußerst wertvolles Material nur andeutungsweise wiedergeben.

Einleitend wies Bernhard darauf hin, daß etwa ein Sechstel der deutschen Bevölkerung unmittelbar oder mittelbar vom Baugewerbe, dem Baustoffgewerbe, dem Handel und dem Transport für den Bau abhängig ist. Ein Viertel aller Waren, die von der Reichsbahn und der Binnenschifffahrt Deutschlands jährlich befördert werden, sind Materialien für den Bau. 1929 betrug der Produktionswert des Baugewerbes 9 Milliarden Mark. Jetzt aber sind 90 % aller Mitglieder der Bauarbeiter-Gewerkschaften arbeitslos. Der Produktionswert des Bau-

gewerbes wird für 1932 nur noch auf 2 Milliarden geschätzt. Dabei gäbe es auch nach Ansicht des Reichsarbeitsministers drei Möglichkeiten, die Bauwirtschaft in Gang zu bringen. Es sei die Förderung des Kleinwohnungsbaues, die Reparatur von Altwohnhäusern und Altwohnungen und der Straßenbau. Wichtig seien auch der Bau von Schuttdämmen gegen Hochwasser, Flussregulierungen, Fertigstellung der begonnenen Kanalbauten, Bau von Fallperrern, Kraftwerke, Eisenbahnbauten, Brückenbauten usw. Bernhard setzte sich dann mit den Einwänden gegen den weiteren Wohnungsbau auseinander, wobei er darauf hinwies, daß die Löhne nicht schuld sind an den teuren Mieten in den Neubauwohnungen; denn die Lohnhöhe sei bereits auf den Stand von 1925 gesunken. Bauarbeiten dürften nicht im freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden, sie kommen teurer und schaffen neue Arbeitslosigkeit. Auch aus hygienischen und gesundheitlichen Gesichtspunkten dürfe der Wohnungsbau nicht vernachlässigt werden. Zu dieser Zeit aber, wo für den Wohnungsbau und die Renovierungsarbeiten kein Geld vorhanden sei, erhielten die Hausbesitzer Millionen-geschenke in Form der verminderten Hauszinssteuer. Da jährlich etwa 250 000 Haushaltungen in Deutschland hinzukommen und die Sanierung der Altstädte zwingend sei, müßten jährlich 300 000 Kleinwohnungen erstellt werden. Daneben sei das Siedlungsweesen zu fördern. Das Wohnungselend sei in der Stadt noch sehr groß, auf dem Lande zum Teil noch schlimmer. Redner bewies dies an einer großen Reihe von Beispielen. Die Hausbesitzer müßten zur Instandsetzung der Altwohnungen gezwungen werden. Hunderttausende Bauarbeiter und Angehörige der Baunebenberufe könnten dadurch Beschäftigung finden. Ebenso wichtig sei der Straßenbau. Bernhard schloß seine eindringliche Rede mit den Worten:

Meine Herren von der Reichsregierung: Bringen Sie die deutsche Bauwirtschaft wieder in Gang.

Reißen sie die Hunderttausende arbeitsloser Bauarbeiter heraus aus ihrem Elend und leisten Sie damit nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine staatspolitische Tat, indem Sie diesen Menschen wieder den Glauben an ihren Wert und Zweck im Staate geben.

Sehen Sie in die Tat um, was der Herr Reichsfinanzminister am 14. Oktober 1931 im Reichstag sagte:

„Es wird nicht möglich sein, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, wenn man nicht die Bauwirtschaft als Schlüsselgewerbe wieder ankurbelt. Wir wissen sehr wohl, daß es das Kernproblem der Krise ist, ob es gelingt, die Hunderttausende von Bauarbeitern wieder in den Arbeitsprozeß einzureihen.“

So ist es! Heraus aus unserer Not führt nur Arbeit und in erster Linie Bauarbeit!

Otto Braun vor dem Kongreß

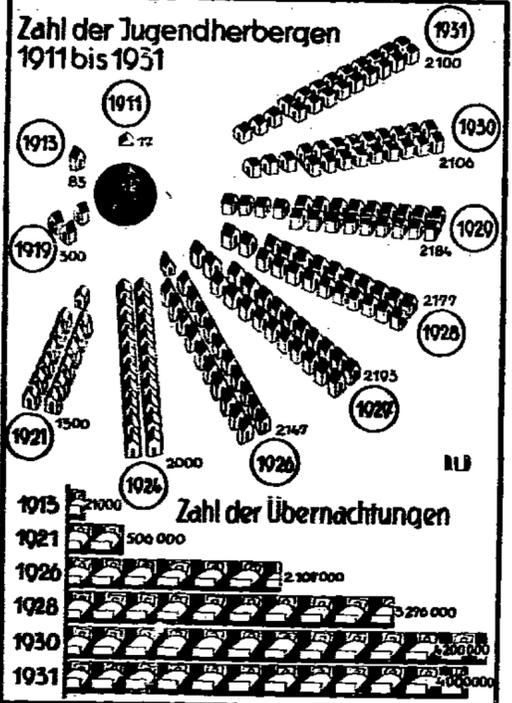
Der mit großem Beifall empfangene preussische Ministerpräsident führte kurz zusammengefaßt folgendes aus: Mit steigender Besorgnis hat die preussische Regierung die Entwicklung des Wirtschaftslebens verfolgt. Die von der Staatsregierung gemeinsam mit der Reichsregierung gewährten Subventionen wurden immer im Interesse der Beschäftigten gegeben. Da das Ausland unsere Erzeugnisse nicht alle aufnimmt, muß ein gesunder Binnenmarkt geschaffen werden. Die Vorkommnisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß die Moral mancher Wirtschaftsführer auf unsicherem Boden steht. Wenn alle Industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe richtige Bilanzen aufmachen würden, so würde man sein blaues Wunder erleben. Bei dem Umfang der Arbeitslosigkeit ist ihr von der Privatwirtschaft aus allein nicht beizukommen. Dabei muß aber beachtet werden, daß Wirtschaftsnöte und öffentliche Finanzpolitik in engem Zusammenhang miteinander stehen. Dennoch kann es in dieser Weise nicht weitergehen. Das Reparationsproblem ist nach Brauns Meinung dadurch gelöst, daß Deutschland nicht zahlen kann. Redner fuhr fort: Das Schlagwort von „hoch hungern“ ist eine Phrasen. Der das ausspricht, meint dabei immer nur ein ändern. Wenn wir in Papierhemden, wie in der unseligen Kriegszeit, herumlaufen würden, könnten wir auch noch die letzten Fabriken schließen. Nur von einem gesunden, leistungsfähigen Binnenmarkt können wir zu einem austauschfähigen Weltmarkt kommen. Sobald die innenpolitischen Entscheidungen getroffen sind, und die außenpolitische Regelung vorgenommen ist, werden wir mit aller Kraft das Arbeitslosenproblem in Angriff nehmen müssen. Dies ist nur möglich durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit noch wesentlich unter 40 Stunden.

Nachdem 9 weitere Redner die Ausführungen Eggerts ergänzte und unterstützten hatten, hielt der Vorsitzende Schumann nach einem Dank an die Behördenvertreter und Gäste das Schlusswort. Darin bemerkte er: Die organisierte Arbeiterchaft hat sich als der festeste Kern der Republik erwiesen. Dieser Nachfaktor darf nicht durch Enttäufung geschwächt werden. Es kann aber nur geschehen durch energische Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Der schwere Kampf für die Aufrechterhaltung Preußens als Vormacht der deutschen Demokratie steht noch bevor. Schumann schloß den Kongreß mit einem Hoch auf die deutsche Republik, den Freistaat Preußen und die organisierte deutsche Arbeiterchaft, in das die Delegierten und Besucher des Kongresses begeistert einstimmten.

„Herunter mit den Löhnen!“

„Herunter mit den Löhnen!“ Das ist die Parole aller Scharfmacher, der Schlachtruf aller Sanierungsbedürftigen Fabrikanten. „Der Arbeiter soll natürlich seinen angemessenen Lohn haben“, versichern sie. Aber kein Lohn, kein Gehalt ist ihnen „angemessen“, immer sind sie ihnen „zu hoch“. Dies Wehgeschrei über die untragbaren Löhne“ ist so alt, wie die Gewerkschaftsbewegung, stets ist es erhoben worden, nie ist es verstummt. Hätten die Klagen und ihre Begründungen recht behalten, „die Wirtschaft“ (lies: die Kapitalisten) müßte schon längst und vielfach zusammengebrochen sein. Sie ist es nicht, sie ist im Laufe eines Jahrhunderts dick und fett geworden, hat sich riesenhaft ausgedehnt.

Die deutschen Jugendherbergen und ihre Gäste



Wandern macht lebensfroh.

Eine der traurigsten Erscheinungen der Wirtschaftsnöte ist die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen in Deutschland. Wenn sie überhaupt eine Lehrstelle finden, nachdem die Schulzeit beendet ist, so endet vielfach die berufliche Tätigkeit, sobald sie als Arbeiter anfangen wollen. Hier hat nun die Jugendherbergenebewegung ein großes Verdienst dadurch, daß sie die jugendlichen Arbeitslosen in ihren Heimen zusammenführt und sie neben dem gesunden Aufenthalt in der freien Natur in Fortbildungskursen weiterbildet. So ergibt sich die Tatsache, daß trotz der großen Wirtschaftsnöte die Zahl der Übernachtungen in den letzten Jahren ungefähr gleich geblieben ist, wenn auch neue Jugendherbergen, da die Mittel fehlten, nicht mehr errichtet werden konnten. Man sieht aus diesen Tatsachen, daß die Unterstützung des Jugendherbergewesens auch weiterhin dringend erforderlich ist.

Nur die Krisen, ja die bösen Krisen... In denen sind selbstverständlich die Löhne vornehmlich schuld! Darum erkönt in ihnen der Ruf am lautesten: „Herunter mit den Löhnen!“ Nun: sie sind gesunken, ins Bodenlose gesunken. Im Jahre 1930 wirkte sich die erste große Lohnabbauwelle aus. Die Brauns-Kommission tagte und begutachtete. Was kam? Die zweite große Lohn- und Gehaltsabbauwelle des Sommers 1931. Der Wirtschaftsberrat tagte und begutachtete. Erfolg? Herr Brüning erklärte: Die Forderung der Tarifverträge ist notwendig! Wie ein „Ruf wie Donnerhall“ brauste die dritte notverordnete Lohnabbauwelle heran. Sie hat mit sich gerissen, was von den vorhergehenden Lohnverwüstungsaktionen noch übrig geblieben sein sollte. Nun ist es geschafft, nun werden selbst die reaktionärsten Unternehmer nicht mehr behaupten können, die Löhne seien „unange- messen“.

Doch halt: läge es an den Löhnen, dann müßte es ja „der Wirtschaft“ von Lohnabbauwelle zu Lohnabbauwelle besser gegangen sein, dann müßte sich ja schon nach dem Vollzug des letzten Lohnabbaues endgültig „sanieren“ und der Krisenstadium überwinden sein. Nichts von alledem! Aus dem Gegenteil wird ein Schuß! Man kann am Wirtschaftsbaremeter mit erschreckender Deutlichkeit ablesen, wie sich die Krise von Lohnabbau zu Lohnabbau sichtbar verschärft. Vergeblich haben die Gewerkschaften und die $\dagger\dagger$ Marxisten und einseitige Wissenschaftler dies immer erneut vorausgesagt und vor den Folgen der verkehrten Lohnpolitik gewarnt. Vergeblich haben sie betont: die Krisen entspringen im Kapitalismus dem Mißverhältnis zwischen Produktions- und Konsumtionsmöglichkeit. Jeder Lohnabbau verschärft dieses Mißverhältnis, da er die Kaufkraft verkleinert. Es sei volkswirtschaftlich vernünftig, gerade in Krisenzeiten die Löhne nicht in den Abgrund gleiten zu lassen. Die angeblich „hohe Belastung“ wirkte sich daher auf dem Wege über eine kaufkräftige Nachfrage für die Gesamtwirtschaft günstig aus.

Man hat sich diesen Gedankenängsten verschlossen. Man hat abgebaut. Das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten belief sich 1929 auf 43 Milliarden Mark. Seitdem ist ein Abbau von rund 25% erfolgt, 10 bis 15 Milliarden Mark sind „eingespart“ worden. Eine ungeheure Summe. Wo ist sie geblieben? Haben sie die Unternehmer zur Preissenkung verwendet? Aber die Preise sind ja bei weitem nicht im Ausmaß des Lohnabbaues gesunken. Außerdem ist die Verbilligung der Rohstoffe hinzugekommen. Nur ein kleiner Teil der „ersparten“ Löhne kann also zu Preissenkungen benutzt worden sein. Uns scheint, daß mit diesen Milliardenbeträgen das deutsche Unternehmertum die Folgen seiner verkehrten Lohnpolitik bezahlen mußte! Der einzelne mag gewonnen haben, mag in der Lage gewesen sein, Bank- und Auslandsschulden abzustößen oder Betriebsverbesserungen vorzunehmen. Die Gesamtwirtschaft jedoch hat verloren, das Sozialprodukt ist eingeschrumpft, die Möglichkeiten des Inlandsabzuges haben sich verschlechtert, Zusammenbrüche säumen den Weg des Lohnabbaues, Millionen Arbeitslose blicken verweifelt in die Zukunft, und selbst über den beschäftigten Arbeitern und Angestellten hängt bröckelnd das Damoklesschwert des Hungers. Warum das alles? Weil unser von „nationalen“ und „sozialen“ Phrasen triefendes, von „Opferwilligkeit“ redendes Unternehmertum seine eigenen Interessen vor die der Gesamtheit stellte, weil es privatwirtschaftlich und nicht volkswirtschaftlich dachte und weil die Regierung sich von seinen „Beweisen“ einfangen ließ.

Privatwirtschaftlich ist die Rechnung einfach. Die Löhne sind ein Unkostenposten. Jeder Kostenteil, der gesenkt werden kann, bedeutet verminderte Ausgaben, bedeutet „Einsparungen“, Gewinnvermehrung. Was ich als Unternehmer einbehalte, wenn ich den Lohn senke, kann ich genau ausrechnen, nicht aber kann ich ausrechnen, wieviel ich gewinne dadurch, daß ich ihn nicht senke oder gar erhöhe und auf die von den Gewerkschaften verwiesenen wohltätigen Wirkungen einer kaufkräftigen Inlandsnachfrage warte. „Der Spatz in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dache“...

Nach dieser Maxime ist gehandelt (man müßte sagen mißgehandelt) worden. Erfolg? Nicht nur die Taube (die krisenmildernde Kaufkraft) ist davongeflogen, auch der Spatz (die Lohnersparungen) sind für die Raß! Denn der skizzierte Gedankengang ist leider nur ein „fiktiver“ privatwirtschaftlicher. Er trifft nur zu, wenn er sich in einem einzelnen Privatbetrieb ereignet und wenn alle andern Faktoren (Preise, Absatz) dieselben bleiben. Er führt sich selbst (auch privatwirtschaftlich) ad absurdum, wenn er sich in allen Betrieben ereignet, wenn der Lohnabbau ein allgemeiner wird. Dann ändern sich zwangsläufig die andern Faktoren, schrumpft der Absatz ein, der angebliche — rechnungsmäßig so genau zu erfassende — „Gewinn“ wird zu einem Scheingewinn. Dann erweist es sich, daß die privatwirtschaftliche Rechnung zwar eine „private“, aber keine „wirtschaftliche“ Rechnung war. Einfach deshalb, weil alle Maßnahmen, die über den Einzelbetrieb hinausgreifen, die ganze Wirtschaftszweige und am Ende die ganze Wirtschaft erfassen — wie unser vielgerühmter Lohnabbau — nicht mehr privatwirtschaftliche, sondern volkswirtschaftliche Vorgänge sind, deren souveräne, verantwortungsbewußte und weitblickende Bemessung nicht mit privatwirtschaftlichen, sondern mit volkswirtschaftlichen Überlegungen und Maßnahmen erfolgen kann.

Wahre Sozialökonomie erweist sich dann als gute Privatökonomie. Wir wollen nicht sagen, daß die deutschen Unternehmer nicht auch von ihrem Standpunkt aus ernsthaft an der Krisenüberwindung arbeiten. Aber man kann bekanntlich das Gute wollen und doch das Schlechte herbeiführen. Die Wirtschaftsführer haben gegenüber den wissenschaftlich gebildeten Sozialökonomien immer wieder überlegen ihre „Praxis“ befunden, haben stolz die „Unternehmerfreiheit“ gepriesen, Dinge, durch die man zu leicht in rein privatwirtschaftlichen Gedanken verstrickt bleibt, den Blick für volkswirtschaftliche Notwendigkeiten verliert. Solange sie nicht sozial verantwortliches, ökonomisches Denken lernen, solange ihre einzige Weisheit heißt: herunter mit den Löhnen!, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn die Wirtschaft krank bleibt.

Kurt Sirag.

„Hätt ich...“

„Hätt ich doch nur vorher Licht gemacht!“ — „Hätt ich doch nur Sand gestreut!“ — „Hätt ich doch nur eine Leiste vorgehängelt!“ — „Hätt ich doch nur...“ so wäre dieser oder jener, so wären Hunderte, so wären Tausende von Unfällen nicht vorgekommen! Und so auch in dem Fall, den das Bild darstellt: Hätte er nur mit einem einzigen Handgriff die Tür vorher verschlossen, so wäre ihm dieser vielleicht tödliche Sturz mit der Leiter erspart



Warum hast Du die Tür nicht vorher verschlossen?

geblieben. Wie unendlich oft kommt es vor, daß irgend- ein ganz kleines geringfügiges Versehen, eine unbedachte Bequemlichkeit oder leichtsinnige Faulheit die aller- schwersten Unfälle für die eigene Person oder für andere mit sich bringt. Lieber ein wenig zuviel vorsorgen, selbst wenn man deshalb belächelt werden sollte, als eine noch so geringfügige Kleinigkeit übersehen!

Nachtrag zum Thema: Wo sind sie hin?

Zu der persönlichen Seite auf den dem meinen folgen- den Artikel eines ungenannten Kollegen in: „Wo sind sie hin?“ in Nr. 7 des „Maler“ möchte ich bemerken, daß ich nicht einer der verhängten Jungkollegen bin, sondern Funktönar der Organisation. Weiter stelle ich fest: Ich habe mit der Frage, wo die Scharen der Jungkollegen- schaft hin sind, keine Klagen erhoben, sondern nur eine Feststellung getroffen. Daß wir Gewerkschafter, wenn wir Artikel schreiben, oder sonstwie uns organisatorisch betätigen, dies im Gemeininteresse leisten, ist selbstverständ- lich, es galt auch meinem Artikel als Grundfrage. Richtig ist, Jeremiaaden (Klagelieder) helfen zur Lösung einer Sache nicht (vielleicht gilt unsere heutige Lebenslage dafür als Beweis), aber Tatsachen müssen doch festgestellt werden, auch wenn diese unerfreulich sind, denn nur bei offener und ehrlicher Abwägung aller Schwächen und Kräfte unserer Bewegung erreichen wir ein sicheres Re- sultat. Gewiß besteht kein Zweifel, daß, wenn das Ver- hältnis wie bisher zwischen Jugend und Gewerkschaft bleibt, die Organisation kaum Schaden leidet, weil diese den Arbeitern Lebensnotwendigkeiten bedeuten, auf die sie sich besinnen müssen. Nur bezweifle ich, daß die Gewerkschaften nur eine harte Notwendigkeit sind, vielmehr halte ich gerade die Gewerkschaften für die Organisation, die mehr als andere den verschiedensten Temperamenten der Jungkollegenschaft Spielraum gewähren kann, weil ja unsere Tätigkeit und Aufgabe einen großen Teil der ge- sellschaftlichen Funktionen erfüllen. Gerade in gegen- wärtiger Zeit der Rationalisierung und Aktivierung müssen wir die Jungkollegenschaft um die Organisation sammeln und wir dürfen uns nicht damit abfinden, daß ein großer Teil seine privaten Freuden und Leiden, wie Beruf, Braut, Sport usw. seinen gesellschaftlichen Pflichten vorzieht und uns nicht darauf verlassen, daß alt und jung immer zur Bewegung stehen, wenn sie gebraucht werden. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir uns da- mit zufriedenstellen, daß unsere Mitglieder treue und zu- verlässige Gewerkschafter sind. Die Organisation könnte eine große Aufgabe erfüllen, wenn diese den Jungkollegen ihre Notwendigkeit und den Umfang ihrer Aufgaben zum Bewußtsein bringt, dann werden sich diese auch trotz per- sönlicher Hemmungen für die Bewegung einsetzen.

Ueber den guten Gewerkschafter hinaus müssen wir gewissenhafte Kräfte für die Gesellschaft ausbilden, denn wollen wir eine neue Gesellschaftsform gestalten, so ist Voraussetzung die Besetzung gegenwärtig gesellschaftlicher Einrichtungen mit unsern Leuten. Hierbei denke ich an Funktionen für den Beruf, Betrieb, die Wirtschaft, Sozialpolitik, Sozialversicherung, das Arbeitsrecht, den Schutz der Arbeitskraft usw. Jedenfalls sind die Aufgaben der Gewerkschaften derart umfangreich, daß diese nicht durch das Gewerkschaftsbüro allein erledigt werden können, sondern durch einen weiten Kreis von Gewerkschaftern, die oftmals ganz unabhängig von diesen Maß- nahmen und gesellschaftlichen Pflichten zu erfüllen haben, die letzten Endes auch gewerkschaftsfördernde sind. Zur Erfüllung derartigen Aufgaben gehört eine gründlich ge- schulte Kollegenschaft und tatsächlich hat sich in der Praxis wiederholt gezeigt, daß Maßnahmen scheiterten, weil nur die Idee vorhanden, aber nicht das Können da war.

Ferner ist unser Kampf um ein menschenwürdiges Dasein, um eine sozialere Gesellschaftsordnung, oft ein unendlich zäher, dem Ganzen unsichtbarer Kleinkampf, der

von jedem einzelnen Kollegen mehr oder weniger erfolg- reich geführt wird. Ich denke hierbei an Rechte, die uns gesetzlich oder tariflich zustehen, die wir aber lange noch nicht voll ausnutzen. Darüber hinaus aber werden uns neue Errungenschaften nicht von oben beschert, sondern der einzelne muß sie mit erkämpfen. Aus all diesen Er- wägungen ist ersichtlich und sicher auch jedem Kollegen einleuchtend, daß wir der Frage der Jungkollegenschaft mehr Aufmerksamkeit zuwenden und diese Jungkollegen trotz ihres Widerwillens oder ihrer Schwächen mehr in den gewerkschaftlichen Ideenzirkel ziehen müssen. Ich bin der Meinung, daß, wenn die Jungkollegen erkennen, daß sie nur durch sich selbst und in Gemeinschaft mit ihrer ge- werkschaftlichen Bewegung eine bessere Zukunft zu er- warten haben, sie mehr zur Sache stehen werden und die Gewerkschaft nicht mehr nur eine harte Notwendigkeit für sie ist. Die junge Generation ist in andern Bewegungen und Organisationen sehr aktiv beteiligt, obwohl diese „Jungen“ noch dieselben persönlichen „Freuden und Leiden“ haben. Die Ursache dieser Aktivität liegt darin, daß sie dort Betätigungsmöglichkeit und den Glauben an einen baldigen Erfolg haben. Besteht denn wirklich ein Zweifel, daß wir nicht auch die Jungkollegen für nächst- liegende soziale Zukunftsfragen gewinnen und begeistern können? Ja, wir können dieses, ohne dabei der jungen Generation unhaltbare Versprechungen zu machen. Ganz richtig sagt mein Kritiker: „Und da denke ich an die Her- vorhebung der wichtigen Aufgabe der Gewerkschaften im Verlaufe der sich anbahnenden wirtschaftlichen Um- wälzung, an das Hinausdenken über augenblickliche Nützlichkeitsgesichtspunkte zu zusammenhängendem sinnvollem Geschehen. Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie.“ Hier hat die „Jugend“ sachlichen Boden für ihre Lebens- ideale und durch sie könnte dieser Gedanke sich zur Wahr- heit anbahnen. Das Sinnen und Trachten der „Jugend“ ist aber auf Zukünftiges gerichtet, weil ihr Lebenshöhe- punkt noch in der Zukunft liegt und die Älteren haben ihren Sinn im täglichen Ringen, weil ihr Leben gegen- wärtig ist. So haben wir zwei Kräfte in unsern Reihen, Gegenwart und Zukunft, und ich klage nicht, daß die auf das gegenwärtige Sein eingestellten älteren Kollegen die Herren der Situation sind und wir, die werdenden, oft ausgeschaltet werden. Ich klage nicht, nur sage ich wie es ist. Es ist auch nicht richtig, wenn mein Kritiker meint, es sei das ein Zeichen unjünger Unvollkommenheit. Wenn wir Jungen gelegentlich einen „Vorstoß“ unter- nehmen, die meisten lassen dieses fast ausschließliche Be- mühen, so scheuen wir uns auch nicht davor, einmal eine Ulfuhr zu erleiden. Wir Jungen verlangen gar nicht, daß die Älteren uns ihre Positionen abtreten. Aber das ist es eben, wie mein Kritiker ganz richtig sagt: Der Wider- stand der Alten ist das Symptom alter, traditions- beschwerter und gebundener Organisation. Und weil es so ist, darum ist es notwendig, den Jungkollegen eine Möglichkeit zu geben, damit auch sie ihr Recht erhalten. Schließt die Pforte gewerkschaftlicher Schulung und Bildung. Faßt die sich jungführenden Kollegen in Kursen oder besonderen Versammlungen zusammen und schafft ihnen Rüstzeug für ihre Zukunft. Nehmt die Jung- kollegenschaft wie sie ist und laßt sie eine bessere Zukunft bauen.

aus dem Verbandslieben

Hannover. Am Sonntag, 3. April, fand in Hannover im Volkshaus die erste Vertreterversammlung der Filiale Hannover statt. Mit der im Herbst 1931 beschlossenen Einführung des Vertretersystems ist insbesondere einem alten Verlangen der angeschlossenen Zahlstellen, bei Be- schlussfassungen über die wichtigsten Filialangelegenheiten mitzuwirken, Rechnung getragen worden. Die besondere Bedeutung der ersten Vertreterversammlung trat auch dadurch in Erscheinung, daß der Bezirksleiter, Kollege Schmidt, Hamburg, den Vorsitz führte. Kollege Schmidt über- brachte die herzlichsten Grüße und Glückwünsche des Hauptvorstandes und der Bezirksleitung und sprach dabei die Hoffnung aus, daß von dieser Versammlung ein neuer Impuls zur Festigung und zum weiteren Ausbau unseres Verbandes ausgehen möge. Der Geschäftsführer der Filiale, Kollege Bencke, gab zu Anfang seines Jahres- berichts eine Übersicht über die wirtschaftlichen Verhält- nisse im allgemeinen und besonders die der Stadt Han- nover. Die furchtbare Arbeitslosigkeit in unserm Ge- werbe lähmte die Mitgliederbewegung und beeinflusste auch den Vermögensstand der Filiale ungünstig. Von der Filialverwaltung mußten verschiedene Sparmaßnahmen durchgeführt werden. Kollege Bencke ermahnte auch die Vertreter der Zahlstellen, stets größte Sparsamkeit walten zu lassen und insbesondere für regelmäßige Beitrags- kassierung Sorge zu tragen. An Unterstützungen wurden in der Filiale Hannover im verfloffenen Jahr für Arbeits- losenunterstützung 18 497,80 M., Krankenunterstützung 3568,48 M., an Sterbegeld 502 M. und für Sonderunter- stützung 3736,50 M. ausgezahlt. Einige während der Aus- sprache gestellten Anfragen beantwortete Kollege Bencke im Schlußwort. Die Neuwahl des Filialvorstandes er- gab folgendes Resultat: Der Geschäftsführer, Kollege Bencke, wurde in geheimer Abstimmung wiedergewählt. Für Kollege Altenbernd, der auf eine Wiederwahl verzichtete, wurde der bisherige Schriftführer Kollege Wilhelm Meyer zum Vorsitzenden der Filiale gewählt. Als Schriftführer wurde der Kollege Cordes und als Stellvertreter der Kollege Meßmann neugewählt. Die Kollegen Schrader, Sanftenberg und Nolte behielten ihre Funktion als Beisitzer. Zu Revisoren wurden die Kollegen Bugdrowis und Wede bestellt. Den Abschluß der Versammlung bildete ein Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Schmidt über das Thema: „Der Stand der Organisation und unsere ferneren Aufgaben.“ Nach einer, wegen der vorgeschrittenen Zeit, knappen aber sehr instruktiven Schilderung der Ursachen der gegenwärtigen Weltwirt- schaftskrise und nach eingehender Betrachtung unserer be- ruflichen Lage, stellte Kollege Schmidt fest, daß unsere

Organisation unerschütterlich ist. Insbesondere verbürge auch der feste Stamm organisierter Kollegen in Hannover, daß die Organisierung der unsern Verband noch Fernstehenden bei Einsetzen besserer Konjunktur gute Erfolge bringen werde. Die große Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe hemme unsern wirtschaftlichen Einfluß; sie gebe auf der andern Seite jedoch den Arbeitgebern Mut, weiteren Lohnabbau zu fordern. Nur so sei die von den Arbeitgebern des Malergewerbes zum 30. April ausgesprochene Kündigung der Löhne für das Gebiet des Reichstarifvertrages zu erklären. Angesichts der strupelosen Propaganda der Radikalität von links und rechts müsse unsern Mitgliedern immer wieder gesagt werden, daß die Weltwirtschaftskrise eine Folge des Weltkrieges ist. An die Stelle der planlosen kapitalistischen Profitwirtschaft, die es zulasse, daß bei einem Ueberschuß an Gütern Menschen bitterste Not leiden, müsse die organisierte sozialistische Bedarfswirtschaft gesetzt werden. Dieses Ziel fest im Auge haltend müßten gerade gegenwärtig alle Versuche, den politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiterschaft wieder zu beseitigen, energisch zurückgeschlagen werden. Eine Aussprache über den Vortag wurde nicht gewünscht. M. Meyer.

Gewerkschaftliches

Verlegte Verbandstage.

Der Verbandsbeirat des Holzarbeiter-Verbandes hat wie wir der Holzarbeiter-Zeitung Nr. 17 vom 23. April entnehmen, beschlossen, den Verbandstag nicht wie vorgesehen am 21. Juni, sondern an einem späteren Termin stattfinden zu lassen. Als Begründung wird auf die Unübersichtlichkeit der Lage hingewiesen, die endgültige Beschlüsse, vor allem in bezug auf statutarische Änderungen, zur Zeit nicht zuläßt. Die Vertagung des Verbandstages soll sich aber möglichst nicht auf lange Zeit erstrecken.

Der Verbandstag der Buchdrucker.

Der in diesem Jahr ebenfalls fällig war, ist auf Beschluß des Verbandsvorstandes im Einverständnis mit allen Gauvorständen bis zum nächsten Jahr verschoben worden. Er soll in der ersten Hälfte des Jahres 1933 stattfinden.

Schiedsprüche für das graphische Gewerbe

Die Buchdrucker und graphischen Hilfsarbeiter verhandelten in den letzten Wochen mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen über den Renabschluss der Manteltarifverträge. Am 16. April hat nun das tarifliche Zentralschiedsamt für die Buchdrucker einen Schiedspruch gefällt, der Verschlechterungen des alten Manteltarifs bringt und dessen Verlängerung bis zum 30. April 1933 vorzieht.

Die Erklärungsfrist lief bis zum 20. April. Wie der Buchdruckerverband in seinem Verbandsorgan, „Korrespondent“ Nr. 33 vom 23. April, mitteilt, wurde der Schiedspruch von den zuständigen Verbandsinstanzen einstimmig abgelehnt.

Von den gleichen Schlichtern, die im Zentralschiedsamt am 16. April einen Schiedspruch zum Manteltarif der Buchdrucker fällten, ist am 19. April auch für die graphischen Hilfsarbeiter ein Schiedspruch gefällt worden. Danach soll der Manteltarif für die Hilfsarbeiter in den Buch- und Zeitungsdruckereien dieselben Abänderungen erfahren wie der Manteltarif der Buchdrucker und auch die gleiche Geltungsdauer haben. Die Erklärungsfrist für diesen Schiedspruch lief bis zum 22. April.

Genossenschaftliches

Quartalsbericht der Volksfürsorge.

Die im 1. Quartal 1932 noch immer zunehmende Zahl der Arbeitslosen und die Schrumpfung des Einkommens durch die Folgen der vierten Notverordnung boten dem Volksversicherungsgesetz 1932 keine günstigen Aussichten. Trotzdem ist bei der Volksfürsorge ein Rückgang in der Zahl der Anträge in kleinen Lebensversicherungen gegenüber dem letzten Quartal 1931 nicht erfolgt. Insgesamt wurden von Januar bis März dieses Jahres 47.791 Volks- und Lebensversicherungsanträge gestellt. Mit diesem Ergebnis steht unser Unternehmen nach wie vor an der Spitze der privaten deutschen Versicherungsgesellschaften, auch hinsichtlich des monatlichen Neuzuganges.

Die Entwicklung der GEG im Krisenjahr

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. ist das größte Unternehmen der Konsumgenossenschaften. Auf diesen Besitz kann die deutsche Arbeiterschaft stolz sein. Nun wird jeder begierig sein, wie dieses große und schöne Unternehmen sich in dem Orkan der Wirtschaftskrise zu halten vermochte. Die jetzt vorliegende Bilanz gibt darüber Auskunft. Der Gesamtumsatz der GEG betrug im Jahre 1931 (das Vorjahr in Klammern) 124 Millionen Mark (195,2 Millionen Mark). Der Rückgang beträgt mithin 66,8 Millionen Mark oder 53,8%. Mengenmäßig ist der Umsatz nur um die Kleinigkeit von 1,3% zurückgegangen. In diesen Unterschieden kommt der Preisrückgang zum Ausdruck. Welch ein gewaltiges Unternehmen die GEG ist, ergibt man daraus, daß sie über 47 eigene Produktionsbetriebe in 17 verschiedenen Gemeinden verfügt. Der gesamte Grundbesitz besteht aus 85 bekannten und 9 unbekanntem Einzelobjekten mit einer Grundfläche von 7,7 Millionen Quadratmeter. Im Jahre 1931 wurden in den Betrieben der GEG für 145,3 Millionen Mark (137,6 Millionen Mark) Waren erzeugt. Der Gesamtumsatz an eigenen Produkten betrug mithin 1,7 Millionen Mark oder 5,6% mehr. In diesen Waren ist nur der Umsatz mit Dritten enthalten.

Diese günstige Entwicklung der Eigenproduktion ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß einige weitere Eigenbetriebe wie die Großmühle und Seigwarenfabrik in Mannheim in Betrieb genommen wurden. Die Bilanzsumme der GEG beträgt 197,5 Millionen Mark (240,8 Millionen Mark). Die Verminderung der Bilanzsumme ist im wesentlichen auf den Rückgang der Bankeinlagen der angeschlossenen Genossenschaften zurückzuführen. Die GEG ermöglichte dadurch die Auszahlung von Spareinlagen in großem Umfang. Die Warenbestände sind vorsichtig bewertet, desgleichen Grundstücke und Gebäude. Auf die Debitoren sind angemessene Abschreibungen vorgenommen. Die Bilanzfiguren zeigen eindrucksvoll, daß die GEG trotz des furchtbaren Ansturms der mißlichen Verhältnisse ein kerngesundes Unternehmen geblieben ist. Wie schwierig die Verhältnisse bei den angeschlossenen Genossenschaften waren, zeigt das Konto Bankeinlagen der GEG. Die Guthaben der Genossenschaften gingen um 57,3 Millionen Mark von 152,7 auf 95,4 Millionen Mark zurück. Diese Summe hatte die GEG weniger zur Verfügung. Der Ueberschuß wird mit 2,2 Millionen Mark ausgewiesen. Die übliche Verzinsung der Stammeinlagen mit 5% unterbleibt in diesem Jahre. In den Unterstützungsfonds der „Notgemeinschaft“ wurden aus dem Ueberschuß 1,1 Millionen Mark und an den Dispositionsfonds ebenfalls 1 Millionen Mark überwiesen. Abschreibungen auf Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw. wurden in Höhe von 6,4 Millionen Mark vorgenommen. Diese Angaben zeigen, daß die GEG im Krisensturm wohl geußt wurde, aber gut durchzukommen vermochte. Beachtlich ist ihre gute Liquidität. Bei 95,4 Millionen Mark Bankeinlagen sind 64,6 Millionen Mark verfügbare Einlagen vorhanden. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften haben es in der Hand, daß ihre Bewegung und nicht zuletzt die großen Eigenbetriebe auch fernerhin von der Krise nicht zu Boden gedrückt werden können. Dazu ist es notwendig, daß sie ihre Genossenschaften unterstützen und in ihrem Haushalt nur GEG-Erzeugnisse verbrauchen. Sie sind an Güte, Reinheit und Geschmack unübertrefflich.

Vom Ausland

Gemeinsame Abrüstungskonferenz des IGB. und der SAL am 22. und 23. Mai 1932 in Zürich.

(IGB.) In dem Aktionsprogramm für die Abrüstung, das der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB.) und die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAL) im Sommer 1931 beschlossen haben, wurde eine von beiden Organisationen gemeinsam einzuberufende Konferenz für jenen Zeitpunkt in Aussicht genommen, wo bereits eine gewisse Klärung über die Situation in den Verhandlungen der Genfer offiziellen Abrüstungskonferenz eingetreten sei. In Ausführung dieser Beschlüsse hat nun der IGB. und die SAL diese gemeinsame Konferenz für den 22. und 23. Mai 1932 einberufen.

Die Konferenz wird in Zürich im grossen Saal des neuen Volkshauses (Limmathaus) tagen; die Verhandlungen der Plenarsitzungen sind öffentlich. Sie werden eingeleitet durch Referate von Léon Jouhaux (Paris) und Louis de Bruckère (Brüssel) über den Kampf gegen die kapitalistische Rüstungsindustrie und den Waffenhandel sowie über den Stand der Arbeiten der Abrüstungskonferenz.

Zur Teilnahme an der Konferenz sind eingeladen: von seiten des IGB.: der Vorstand, die Landeszentralen, die Internationalen Berufssekretariate, das Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee, das Internationale Gewerkschaftliche Jugend- und Bildungskomitee; von seiten der SAL: die Exekutive, die angeschlossenen Parteien, die Mitglieder des Internationalen Frauenkomitees der SAL, die Mitglieder des Büros der Sozialistischen Jugend-Internationale.

Verchiedenes

Wilhelm Ostwald †.

Im 79. Lebensjahr ist am 2. April Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Ostwald, der Begründer der „energetischen Weltanschauung“ gestorben.

Auch um das Malergewerbe hat sich Ostwald große Verdienste erworben.

Kurz vor dem Weltkrieg nahm der Verstorbene auf Goethes Spuren, aber mit allen Kenntnissen moderner Wissenschaft ausgerüstet, die Grundlegung der Wissenschaft von der Farbe vor, und auf diesem Gebiet, das der Menschheit ein ganz neues Weltgefühl erschließen soll, schaffte er bis zu seinem Tode fort. „Die Farbensibel“, „Die Farbenlehre“, „Die Harmonie der Farben“, „Die Farbschule“, „Farbfunde“ folgten einander rasch. Ostwald schuf auch die Farbtaseln, in der jeder Farbton mit einer Nummer bezeichnet wird und mit deren Hilfe schnell jede Nuance festgestellt werden kann.

Außerordentliche Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Berlin.

In Stelle ihrer Jahreshauptversammlung, deren Durchführung in diesem Jahr nicht möglich erscheint, veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene am 12. Mai in Berlin eine außerordentliche Tagung zur Erörterung des Themas: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene.“ Das Thema behandelt vom Standpunkt der Arbeitsschutzbehörden und der Gewerbeaufsicht Ministerialrat Dr.-Ing. K. Leber vom Bayerischen Sozialministerium, vom Arbeitgeber-Standpunkt Dr. W. von Bonin von den Siemens-Werken, für die Arbeitnehmer G. Haupt vom Verband

der Fabrikarbeiter Deutschlands in Hannover und unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt der Münchner Nationalökonom Geheimrat Professor Dr. von Zwiedineck-Südenhorst. Die Verhandlungen der Tagung sind öffentlich.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt am Main, Platz der Republik 49.

Ferienreisen 1932 mit den Naturfreunden.

Den Urlaubs- und Ferienwünschen der werktätigen Massen trägt in jeder Beziehung der Touristenverein „Die Naturfreunde“ Rechnung. Die reichen Erfahrungen im Bereiche des Wanderns und Reisens und des Ferienaufenthaltes und die Einrichtungen der Organisation, ermöglichen es, den verschiedensten Ansprüchen gerecht zu werden.

Ein Blick in die soeben erschienene Broschüre „Ferienreisen mit den Naturfreunden 1932“ zeigt die Vielseitigkeit der geplanten Ferienfahrten, die in die Gebirgswelt, an die See, in die deutschen Mittelgebirge und im Faltboot auf die deutschen Ströme führen.

Die Broschüre ist zu haben bei allen Naturfreunde-Reisebüros und Wanderausgangsstellen sowie bei allen Ortsgruppen. Gegen Einzahlung von 15 $\frac{3}{4}$ an das Zentralreisebüro der Naturfreunde, Nürnberg W, Gündersbühlstraße 5, erfolgt Zusendung per Post.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Erteiltes Patent.

Nr. 22g. 549 866. Verfahren zur Herstellung rostschützender Anstrichmittel. Dr. Egon Meier, Halle a. d. S., Mittelleben, Paul-Seidenreich-Straße 10.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75b. 1 213 708. Gegenstand aus Press- und Spritzmaterial mit Einlagen, die allseitig von diesem Material umgeben sind. Winkel & Schulte, Herford i. W.

Nr. 75c. 1 213 131. Verstellbares, gleitfähiges Material mit Farbtropfbefestigung. Heinrich Hornbostel, Södingen b. Wipfen-Aller, Kreis Celle.

Nr. 75c. 1 213 323. Blechfarbtafeln mit Farbhaltungseinlage. Ferdinand Schmidt & Sohn, Nürnberg, Ranzlerstraße 5.

Nr. 75c. 1 214 033. Farbenauftragvorrichtung. Johannes Marinus de Boer, Rotterdam.

Nr. 81c. 1 213 653. Lack- und dergleichen Kanister. Rheinische Blechwarenwerke AG, Weisenthurm a. Rh.

Internationales

Hör zu uns! Nicht nach ihren Worten — nach ihren Taten müßt ihr sie beurteilen! Eine Kampfschrift der österreichischen freigerwerblichen Lehrlingssektionen. — Es ist eine Freude, diese reich illustrierte Broschüre durchzublütern, sowohl was den Inhalt als die Aufmachung anlangt. Ebenso gern werden sie die den österreichischen Lehrlingssektionen noch fernstehenden österreichischen Jungarbeiter lesen; im selben Grade werden alle Ausbeuter, Pfisterlinge und Reaktionäre unerschrocken vor ihr sein. Wir sind überzeugt, daß diese Broschüre ihren Zweck weitgehend erreichen wird. Sie ist vorbildlich.

Deutschlands Geschichte beginnt nicht erst 1918! Daran erinnert eine kleine Schrift, die soeben im Diebverlag (Berlin SW 68, Lindenstraße) erscheint. Die Schrift, die für 10 $\frac{3}{4}$ zu haben ist, wendet sich an die Jugend, die nichts davon weiß, wie es in Deutschland während des Krieges aussah. Die Schrift verfaßt von einem jungen Sozialdemokraten, wird erreichen, was sie in ihrem Titel sagt: „Jugend erwache!“

Proletariatsnovellen von Martin Andersen Nerg. Der Dichter Martin Andersen Nerg ist heute längst über die Geltung und Bedeutung im Rahmen der proletarischen Literatur hinausgewachsen. Er gehört zu den wenigen, die begründet Anspruch auf den Nobelpreis für Literatur erheben können. Seine großen Romane „Welle der Eroberer“ und „Eine Menschenfind“ zählen zu den epochenmachenden Werken der Weltliteratur. Sie haben wirklich „Epoche gemacht“, nämlich die Epoche der Literatur, in der die Arbeiter aufhören, der bemitleidete Gegenstand einer sozialen Kunst zu sein, und in der sie selbst ihre Stimme erheben und eine eigene Arbeiterliteratur schaffen. Seine Bücher sind keine „Reiterseimungen“, sie überdauern ihr Jahrhundert. Das gilt nicht nur von den großen Romanen, das gilt in nicht minderm Maße auch von den Erzählungen Martin Andersen Nergs. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Bücherreihe „Gutenbergs“ jetzt einen Band Novellen herausgebracht hat: Proletariatsnovellen, in einem gebundenen, Preis 2,70 M. Sie legt damit ihre Martin-Andersen-Nerg-Broschüre fort, eine verdienstvolle Aufgabe, die sie in musterwürdiger Weise erfüllt.

Vom 24. April bis 30. April ist die 17. Beitragswoche. Vom 1. Mai bis 7. Mai ist die 18. Beitragswoche.

Sterbetafel

Bremen. Ganz plötzlich verschieden zwei unserer ältesten Mitglieder, und zwar der Kollege Heinrich Barre und der Kollege Joh. Peifer, in Folge Schlaganfalles. Kollege Barre war 42 Jahre und Kollege Peifer 40 Jahre ununterbrochen Mitglied unserer Filiale.

Hamburg. Unser Kollege, der Invalide Eduard Monien, starb am 9. April im Alter von 65 Jahren. Er gehörte der Organisation 30 Jahre an. — (Bezirk Altona.) Nach längerer Krankheit starb am 13. April unser Kollege Julius Gehrt im Alter von 44 Jahren. Er gehörte der Organisation 25 Jahre an und war immer eifrig für sie tätig.

Leipzig. Am 16. April starb unser Mitglied Richard Georgi, 58 Jahre alt, an Herzlähmung.

Ehre ihrem Andenken!